

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen**

#### **zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Februar 2024 – Drucksache 17/6241**

#### **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien**

##### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Februar 2024 – Drucksache 17/6241 – Kenntnis zu nehmen.

14.3.2024

Der Berichterstatter:

Nicolas Fink

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

##### Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/6241 in seiner 38. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 14. März 2024.

Ein Abgeordneter der SPD bemerkte, nachdem in den letzten Jahren bei der Beratung der Beteiligungsberichte ausführlich über die Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und die dafür erhaltenen Entschädigungen gesprochen worden sei, wolle er in diesem Jahr auf eine nähere Befassung mit diesem Thema verzichten.

Er bitte die Landesregierung um eine Bewertung der negativen Jahresergebnisse der Fonds, die auf den Seiten 436 ff. des Beteiligungsberichts 2023 aufgeführt seien.

Eine Abgeordnete der Grünen dankte der Landesregierung für die Vorlage des Beteiligungsberichts, welcher ein breites Portfolio ausführlich abbilde. Sie fügte an, die digitale Fassung des Berichts sei mittlerweile geläufig und praktikabel. Über einzelne Themen aus dem Bericht könne zu entsprechenden Tagesordnungspunkten noch vertieft gesprochen werden.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP brachte vor, mit Calorie Kehl-Strasbourg sei eine neue Gesellschaft im Beteiligungsbericht aufgeführt, deren Zweck mit „Bau eines Leitungsnetzes für den Energietransport (Abwärme)“ angegeben werde. Einen Bedarf an Investitionen in Wärmenetze gebe es aber im ganzen Land. Er bitte um Erläuterung, warum sich das Land hier explizit bei einem lokalen Hotspot engagiere.

Ein Abgeordneter der AfD fragte, wie hoch die Landesregierung die Risiken bei den Beteiligungsunternehmen einschätze, insbesondere bei der NECKARPRI GmbH, welche in einer starken Verbindung mit der EnBW AG stehe.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen wies darauf hin, erstmalig liege der Beteiligungsbericht des Landes ausschließlich in digitaler Form vor. Hier habe sich die Landesregierung auch am Bund orientiert, welcher ebenfalls auf eine Veröffentlichung im digitalen Format umgestiegen sei. Zudem seien im Beteiligungsbericht des Landes der Einleitungsbericht ergänzt und die Darstellung der Nachhaltigkeitsthemen verbessert worden.

Die negativen Ergebnisse der Fonds in den letzten Jahren hingen mit der Entwicklung der Aktienmärkte zusammen. Wichtig sei die Feststellung, dass die in den Zahlen abgebildeten Verluste nicht realisiert worden seien und die Entwicklung im Jahr 2023 wieder deutlich besser gewesen sei, sodass die Zahlen im folgenden Beteiligungsbericht wieder erfreulicher ausfielen.

Im Portfolio des Landes seien zwei neue Unternehmen enthalten; eines davon sei Calorie Kehl-Strasbourg. Der Gründung der Gesellschaft liege die Idee zugrunde, bei den Badischen Stahlwerken in Kehl anfallende Abwärme in das Fernwärmenetz der Stadt Straßburg einzuspeisen. Dies liege auch im Interesse einer guten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Natürlich gebe es auch andere Gebiete im Land, in denen die Nutzung von Abwärme zur Fernwärmeversorgung Sinn mache. Hiermit beschäftige sich auch explizit die Fernwärmegesellschaft Baden-Württemberg, die ebenfalls im Beteiligungsbericht aufgeführt sei. Die besondere Situation in dem angesprochenen Bereich an der Grenze zu Straßburg habe es aber sinnvoll erscheinen lassen, für das dortige Vorhaben eine eigene Unternehmensstruktur zur Umsetzung zu bilden.

Je nach Unternehmen seien die Risiken sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Unternehmensrisiken würden von den jeweiligen Gesellschaften für sich bewertet. Die Unternehmen, bei denen sie als Vertreterin des Landes in den Aufsichtsgremien sitze – sie gehe davon aus, auch alle anderen landesbeteiligten Unternehmen –, hätten ein eigenes Risikomanagement, bewerteten die für ihr Unternehmen bestehenden Risiken und deren Eintrittswahrscheinlichkeit und trafen Maßnahmen, um diese Risiken zu minimieren. So treffe es sicher auch für die EnBW und die NECKARPRI zu, dass sie ihre Risiken laufend und sehr sorgfältig bewerteten und risikominimierend tätig seien.

Der bereits genannte Abgeordnete der FDP/DVP merkte an, sicherlich sei das angesprochene Projekt der grenzüberschreitenden Nutzung der Abwärme sinnvoll und sowohl für die Badischen Stahlwerke in Kehl als auch für die Stadt Straßburg interessant. Fraglich sei aber, warum hierfür die Gründung einer Gesellschaft des Landes Baden-Württemberg für erforderlich gehalten werde und ob das Projekt nicht auch ohne Landesbeteiligung umsetzbar gewesen wäre.

Ein noch nicht genannter Abgeordneter der AfD bat um Auskunft, welche Kosten mit dem vorzeitigen Wechsel im Amt des Vorstandsvorsitzenden der EnBW verbunden seien und wie lange die reguläre Vertragslaufzeit des bisherigen Vorstandsvorsitzenden noch gewesen wäre.

Ein zuvor bereits genannter Abgeordneter der AfD merkte an, ihm sei durchaus bekannt, dass jedes Unternehmen selbst eine Risikoeinschätzung und -überwachung vornehme. Von Interesse sei aber vor allem auch das Risiko für den Staatshaushalt. In den letzten Jahren sei das von der NECKARPRI ausgehende Risiko für den Staatshaushalt deutlich geworden, für die ein erheblicher Nachschuss aus Landesmitteln erforderlich gewesen sei.

Ein Abgeordneter der CDU wies darauf hin, dem Beteiligungsbericht sei zu entnehmen, dass die NECKARPRI GmbH im Jahr 2022 einen Jahresüberschuss erzielt habe.

Er bat das Finanzministerium, den Buchwert und den Marktwert des Eigenkapitals der NECKARPRI GmbH zu nennen. Ferner bat er um Angabe, wie hoch bei der NECKARPRI GmbH die Einnahmen aus Dividendenzahlungen und der Aufwand für Zinszahlungen im Jahr 2023 gewesen seien, und fragte, ob sich deren Höhe für 2024 schon abschätzen lasse.

Der bereits genannte Abgeordnete der SPD merkte an, zutreffend sei, dass das Jahresergebnis der Fonds von der Entwicklung am Aktienmarkt abhängt. Auffällig sei aber, dass z. B. bei dem LEA-Fonds das Jahresergebnis 2021 noch negativer ausgefallen sei als im Jahr 2020, obwohl sich die Aktienmärkte 2021 gegenüber dem recht niedrigen Niveau im Jahr 2020 grundsätzlich sehr positiv entwickelt hätten.

Von Interesse sei die Bewertung der im Beteiligungsbericht aufgeführten Fonds. Provozierend lasse sich die Frage stellen, ob die beschriebene Entwicklung in den letzten Jahren einen Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes im Anlagebereich habe.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen erwiderte, sie schließe aus, dass die auf Seite 438 des Beteiligungsberichts aufgeführten negativen Jahresergebnisse der Fonds etwas mit den Nachhaltigkeitskriterien des Landes bei der Kapitalanlage zu tun hätten. Wenn hierzu weitere Erläuterungen gewünscht würden, müsse ihr Haus die Frage mitnehmen.

Der Abgeordnete der SPD erklärte, er hätte hierzu gern weitere Erläuterungen, vor allem was die Bewertung betreffe.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen legte dar, Calorie Kehl-Strasbourg verfolge ein Projekt, das über die reine interkommunale Zusammenarbeit hinausgehe und aus INTERREG-Mitteln unterstützt werde. Auch auf französischer Seite werde das Projekt nicht nur auf kommunaler Ebene behandelt. Insoweit sei es angezeigt gewesen, dass sich das Land Baden-Württemberg beteilige.

Auf die Frage des Abgeordneten der AfD, die aktuelle Entwicklungen beim Vorstand der EnBW betreffe, könne sie an dieser Stelle nicht antworten. Das Thema sei auch nicht Bestandteil des zur Beratung aufgerufenen Beteiligungsberichts.

Der Ankauf der EnBW-Anteile durch das Land und das damit einhergehende Risiko seien damals im Landtag von Baden-Württemberg intensiv diskutiert und – zum Teil unterschiedlich – bewertet worden. Die Anteile würden über die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft gehalten. Momentan entwickle sich das Unternehmen durchaus erfolgreich. Dies werde auch daran deutlich, dass die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2022 bei rund 93 Millionen € Zinsaufwendungen rund 142 Millionen € Beteiligungserträge erhalten habe.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/6241 Kenntnis zu nehmen.

10.4.2024

Fink